

**Rede des Landesvorsitzenden der Linkspartei.PDS M-V, Peter Ritter, auf der 4. Tagung des 9. Landesparteitages der Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern, 22. April 2006, Seehotel Sternberg**

*Sperrfrist Redebeginn --- Es gilt das gesprochene Wort*

Anrede,

mit dem heutigen Parteitag und der sich anschließenden Vertreterversammlung stellen wir die noch notwendigen Weichen für einen intensiven, anstrengenden und erfolgreichen Wahlkampf vor.

Solche „Wahlparteitage“ haben immer etwas Besonderes und Aufregendes. Ich glaube, dass es niemanden gibt, den so etwas kalt lässt.

Egal, ob man zum ersten mal kandidiert - oder schon zu den „erfahrenen Hasen“ gehört.

Vor der Weichenstellung für die Zukunft, ist es aber angebracht, Rückschau zu halten, Bilanz zu ziehen.

Erinnern wir uns:

Im März 2002 stellten wir uns auf dem Neubrandenburger Parteitag ziemlich euphorisch hohe Wahlziele.

Im Herbst 2002 sind wir dann hier im Land und auf der Bundesebene in den Tiefen der Realität gelandet.

Ursachenforschung wurde gestartet.

Manch schnelle Antwort gefunden.

Dennoch oder gerade deshalb erteilte ein Landesparteitag einer Gruppe unter meiner Verantwortung den Auftrag, einen neuen Koalitionsvertrag auszuhandeln.

Jeden zweiten Abend in dieser Zeit wurden die Gremien des Landesverbandes zusammengerufen und informiert.

Die Verhandlungsergebnisse wurden bewertet, Aufträge zum Nachverhandeln erteilt.

Zwei wichtige Schlussfolgerungen gibt es aus dieser Zeit:

1. es ist richtig und notwendig, die Partei bei solch wichtigen Fragen - wie man so schön sagt - „mit zunehmen“, Entscheidungen gemeinsam zu treffen.
2. je besser wir selbst inhaltlich vorbereitet sind, um so leichter lassen sich unsere Angebote und Vorstellungen fixieren und umsetzen.

Wieder ein Parteitag bestätigte dann die Verhandlungsergebnisse und gab der Fraktion, unserer Ministerin und unseren Ministern die Arbeitsgrundlage.

Den Weg in Regierungsverantwortung weiter zu gehen, haben wir, liebe Genossinnen und Genossen, gemeinsam beschlossen.

Das war kein Werk von „denen da oben“.

Und wir tun künftig gut daran, uns an solche Gemeinsamkeiten zu erinnern.

Auch oder besser vor allem bei den Debatten zu Grenzen und Möglichkeiten unserer Regierungsarbeit.

Debatten, die ich für notwendig halte und die ich auch selbst immer wieder versucht habe anzustoßen.

Ich wünsche mir jedoch, dass wir diese Debatten künftig mit offenem Visier führen..

Und ohne, dass der eine oder die andere in der einen oder in der anderen Schublade landet.

Nachfolgende Feststellung, die sich als Beitrag zur Programmdebatte von PDS und WASG versteht, halte ich daher für wenig geeignet:

Im Positionspapier „Für eine antikapitalistische Linke“ - gibt es eigentlich eine „kapitalistische Linke“- heißt es:

„Mit den Akzeptanzgewinnen und Wahlerfolgen allerdings, die den Weg in die Landesregierungen von Schwerin und Berlin ebneten, entwickelte sich in der PDS zugleich ein politischer Flügel, der unberührt von programmatischen Festlegungen für eine Realpolitik zu stehen begann, die jener des neoliberalen Parteienkartells zusehends ähnlicher wurde.“

Nein, liebe Genossinnen und Genossen, diese Jacke kann und will ich mir nicht anziehen. Da widerspreche ich entschieden.

Wir sollten uns nicht vorwerfen lassen, dass wir dem neoliberalen Parteienkartell immer ähnlicher werden.

Denn nehmen wir einige der im gleichen Positionspapier formulierten „Minimalbedingungen“ fürs Mitregieren“ her und erarbeiten wir daraus eine Bilanz der letzten vier Jahre, werden wir sehen:

Die Realität sieht anders aus!

So heißt es in dem Papier: „Kein Abbau öffentlicher Beschäftigung: Die Linke kämpft um den Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors“.

Die Realität in Mecklenburg-Vorpommern: Mit dem Programm „Jugend- und Schulsozialarbeit“ haben wir nicht nur den Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor geschaffen, sondern seine Tauglichkeit nachgewiesen und für die nächsten Jahre gesichert!

Oder: „Keine Förderung von sozialen Bildungsprivilegien:....Das gegliederte Schulsystem muss Schritt für Schritt überwunden werden.“

Die Realität bei uns im Land: Vorschule wieder in der Kita, mehr Deutsch und Mathe an der Grundschule, Abitur wieder nach 12 Jahren , längeres gemeinsames Lernen bis zur Klasse 6!

Weiter: „Keine Kürzung bei den Schwächsten...“

Die Realität hier:

Anders als in anderen Bundesländern wurde das Landesblindengeld bei uns nicht abgeschafft, ein Pflegegeld wurde eingeführt, im Kampf gegen Hartz IV standen und stehen wir an der Seite der Betroffenen, denn Hartz IV ist Armut per Gesetz und muss überwunden werden!

Und eine Minimalforderung, die mir sehr am Herzen liegt, will ich noch nennen:

„Entmilitarisierungs – und Konversionsprogramme“

Die Realität:

Auf unsere Initiative ist Konversion jetzt aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Dazu haben wir mit der Landesregierung Leitlinien und Modelle entwickelt, die anderswo mittlerweile Vorbild sind. Wir haben eine bundesweit einmalige Konversionspartnerschaft zwischen den vom Truppenabzug betroffenen Kommunen, dem Land und der Bundeswehr geschlossen und wird mit Leben erfüllt!

Soweit zu einigen „Minimalforderungen“.

Die Realität aber hat noch mehr zu bieten:

- eine Anwendungsquote bei erneuerbaren Energien, die bundesweit Spitze ist,
- ein Moorschutzprogramm, das Natur schützt und Landwirten neue Perspektiven eröffnet,
- ein mit Millionen Euro geförderter Schutz vor Hochwasser,
- ein mit von der EU mit Höchstnoten bedachtes „Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm“,
- ein gefragtes Existenzgründer- und Mikrodarlehensprogramm,
- gesicherte Krankenhausstandorte,
- eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden im außerparlamentarischem Raum.

Auch

- dass wir vor wenigen Tagen im Landtag ein Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ verabschieden konnten,
- dass in den nächsten 6 Monaten keine Flüchtlinge mehr nach Togo abgeschoben werden,
- dass wir im Juni mit der Verabschiedung eines „Informationsfreiheitsgesetzes“ Bürgerrechte stärken,
- dass es in wenigen Tagen ein Landeskonzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten geben wird,

- dass Mecklenburg-Vorpommern dem EU-Verfassungsentwurf nicht zugestimmt hat,
- dass wir durchgesetzt haben, dass Mecklenburg-Vorpommern gegen die Wiederinbetriebnahme des Luft-Boden-Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner-Heide klagt

Alles das ist doch keine „Realpolitik, unberührt von programmatischen Festlegungen“!

Das alles ist Ergebnis einer harten und angestregten Arbeit auf der Grundlage programmatischer Festlegungen!

Dafür gebührt allen, vor allem den Arbeitsgemeinschaften des Landesverbandes, der Fraktion und den Ministern Dank und Anerkennung!

Haben wir Mut, Erfolg auch Erfolg zu nennen. Selbstbewusst und entschieden. Laut und überall!

Tun wir das nicht, werden sich andere mit unseren Federn schmücken.

Ja, natürlich hätten wir uns noch viel mehr vorstellen können. Längeres gemeinsames Lernen bis Klasse acht, zum Beispiel noch mehr Stellen für Jugend- und Schulsozialarbeiter oder noch bessere Rahmenbedingungen, damit mehr Investoren in unser Land kommen, die zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen.

Anrede,  
aus dieser kurzen, nur unvollständigen Bilanz, aus dem Erreichten und dem nicht Erreichten, gibt es eine wichtige Schlussfolgerung:

Wir müssen qualitativ und quantitativ gestärkt in den Landtag einziehen.

Nur so können wir, gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern unseres Landes, mehr von unseren Zielen durchsetzen.

Für mehr Gerechtigkeit-  
sozial,  
ökologisch,  
wirtschaftlich und  
demokratisch!

Anrede,

ein Adjektiv möchte ich der Überschrift unseres Wahlprogrammtextentwurfs hinzufügen:

Glaubwürdig.

Glaubwürdig muss Politik sein.

Und da ist es für mich eben wenig glaubwürdig, wenn wir per Landtagsbeschluss zum Beispiel feststellen, dass soziale Schieflagen und Ungerechtigkeiten Menschen für rechtsextreme Parolen empfänglich machen und gleichzeitig auf Bundesebene der eingeschlagene Weg in der Arbeitsmarktpolitik, der nicht zu existenzsichernder Arbeit führt, fortgesetzt wird.

Da hilft es auch nicht, wenn der SPD-Landesvorsitzende wieder und wieder ausruft:

Wir - die SPD - sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit.

In meinem Heimatkreis Demmin gab es im März diesen Jahres 9312 so genannte Bedarfsgemeinschaften.

16.500 Menschen waren ALG-II-Empfänger.

Mehr Menschen als die Kreisstadt Demmin Einwohner hat.

Nein, Herr Backhaus und liebe Genossinnen und Genossen der SPD:

Soziale Gerechtigkeit sieht anders aus!

Hartz IV wird keine Erfolgsgeschichte.

Hartz IV muss weg.

Den Weg dazu hat unsere Bundestagsfraktion skizziert.

Schon allein dieses Beispiel zeigt, wie wichtig und wertvoll unsere Bundestagsfraktion ist.

Herzlichen Dank an Martina, Heidi und Dietmar für ihre engagierte Arbeit im Bundestag und die wirklich ausgezeichnete Kooperation mit uns!

Auch hier wird Glaubwürdigkeit deutlich.

Im Wahlkampf im letzten Sommer haben wir uns zum Beispiel für ein solidarisches Gesundheitssystem ausgesprochen.

Das, was CDU und SPD dazu jetzt in Berlin aushandeln, hat mit Solidarität nun so gut wie nichts mehr zu tun.

Unsere Bundestagsfraktion hat auch dazu Vorschläge unterbreitet, u.a. einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Praxisgebühr in den Bundestag eingebracht.

Meine dringende Bitte an euch, liebe Genossinnen und Genossen, ist:

Tragt dafür Sorge, dass die von Torsten und mir dem Landesvorstand vorgeschlagene Unterschriftenkampagne „Für ein solidarisches Gesundheitssystem“ von möglichst vielen Menschen im Land unterschrieben wird.

Die Bundestagsabgeordneten von CDU, SPD, FDP und Grünen aus Mecklenburg-Vorpommern brauchen dringend viel Post!

Anrede,

wenn man sich also die Politik der Großen Koalition in Berlin ansieht und mit den Versprechungen der hiesigen CDU vergleicht, kann man nur zu einem Schluss kommen:

Unglaublich.

Wir sagen den Wählerinnen und Wählern:

Wer Rente mit 67 will,  
wer Mehrwertsteuererhöhung will,  
wer Diskriminierung von jungen Arbeitslosen will,  
wer Mittelkürzungen im Kampf gegen Rechtsextremismus will, wer Bundeswehrsoldaten im Ausland will -

der muss CDU wählen!

Denn Protest oder gar Widerstand gegen diese Bundespolitik ist von der CDU Mecklenburg-Vorpommerns nicht zu erwarten.

In einem Interview in der „Berliner Zeitung“ lehnte CDU-Landeschef Seidel jüngst eine Koalition mit der Linkspartei strikt ab.

Lieber Herr Seidel, da kann ich Sie beruhigen.

Eine Koalition mit dieser CDU, mit dieser Politik kann und wird es nun wirklich nicht geben.

Offensichtlich ist die CDU auch für inhaltliche Debatten wenig vorbereitet.

Anders ist der Griff in die antikommunistische Mottenkiste von Herrn Seidel nicht zu beurteilen.

„Dass die Kommunisten hier immer noch das Sagen haben“ schreckt - laut Seidel - die Unternehmer ab.

Lassen wir mal einen Unternehmer sprechen.

In einem Interview in der Zeitschrift „emvau“ sagte Horst Rahe, Chef der Deutschen Seerederei:

„Am Anfang war das Land uns gegenüber sehr negativ eingestellt und hat zum damaligen Zeitpunkt einfach viele Chancen verspielt....Wir wären sicherlich ein drei-, vier-, fünffach so großes Unternehmen, wenn sich die Landesregierung damals genauso verhalten hätte, wie dies in anderen Ländern üblich war. Diese Behinderungen gelten für die heutige Landesregierung nicht.“

So weit Herr Rahe.

Mit „damals“ ist eine Zeit beschrieben, in der die CDU die Regierung anführte und Herr Seidel auch mal Wirtschaftsminister war.

Das aber hat Herr Seidel, gezeichnet von der Angst vor den Kommunisten, offenbar vergessen.

Ebenso vergessen wie seine Tätigkeit als Ratsmitglied für Umweltschutz, Wasserwirtschaft und Erholungswesen, wo er über viele Jahre fleißig am Aufbau des Sozialismus in den Farben der DDR mitgewirkt hat.

Wieder einmal zeigt sich:

Während sich die Linkspartei mit ihrer Vergangenheit und Verantwortung - oft auch in schmerzhaften Debatten – auseinandergesetzt hat und auseinandersetzt,

haben führende Christdemokraten hierzulande offensichtlich nicht mal eine.

Diese Art von „Schwamm drüber“ verdient nur eine Bezeichnung: Unglaublich!

Anrede,

wer das alles also nicht will, wer an Alternativen und ernsthafter Politik interessiert ist, findet diese Angebote bei uns.

Von alleine wird sich aber diese Erkenntnis nicht herumsprechen.

Hier liegt unsere gemeinsame Verantwortung.

Wir müssen, wir werden gemeinsam dafür sorgen, dass Wählerinnen und Wähler unsere Vorstellungen für ein zukunftsfähiges Mecklenburg-Vorpommern kennen lernen.

Jedes Mitglied, jede Sympathisantin und jeder Sympathisant ist gefragt.

Gern hätte ich auch die gemeinsamen positiven Erfahrungen die wir im Bundestagswahlkampf mit den Freundinnen und Freunden der WASG gesammelt haben, im Landtagswahlkampf ausgebaut.

Wahlrechtliche Bestimmungen in unserem Land lassen, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, keine gemeinsamen Listen zu.

Andere politische Lösungen, von uns angeboten, fanden beim Landesvorstand der WASG kein Gehör.

Auch das Kooperationsabkommen III und die programmatischen Eckpunkte fanden keine Anerkennung.

Dennoch, so unsere weitere feste Absicht, wollen wir den Parteibildungsprozess weiter voran bringen.

Die Teilnahme von Mitgliedern des „Linken Kreises“ der WASG M-V an unserem Parteitag, die ich an dieser Stelle herzlich willkommen heiße, ist für mich ein ermutigendes Zeichen.

Die Bundesparteitage von Linkspartei und Wahlalternative, die nächstes Wochenende stattfinden, werden weitere Impulse auf dem Weg zur neuen Linken setzen.

Die Kampagne zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, die am 1. Mai gestartet werden soll, sollte auch für uns ein solcher Impuls sein.

Anrede,

im Antrag des Parteivorstandes für den Bundesparteitag heißt es:

„Die ganze Partei engagiert sich für die Wahlkämpfe in den Ländern Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sowie den Kommunalwahlkampf in Niedersachsen mit dem Ziel, den politischen Einfluss der linken Kräfte in den Parlamenten zu stärken.“

Erweisen wir uns dieses Vertrauens würdig, durch einen engagierten und erfolgreichen Wahlkampf!

Streiten wir für mehr Gerechtigkeit- sozial, ökologisch, wirtschaftlich, demokratisch!

Gemeinsam!

Anrede,

gestattet mir zum Schluss noch eine Bitte:

wir sind als Landesverband in einem breiten Bündnis an der Vorbereitung der Aktionen zum 1.Mai in Rostock beteiligt.

So wichtig 1. Mai -Veranstaltungen zu Hause - vor allem im Wahljahr - sind, macht euch dieses Mal bitte alle auf nach Rostock!

Zeigen wir den Rechtsextremen:

Wir brauchen keine Nazis.

Nicht auf den Straßen.

Nicht in den Köpfen

Nicht in den Parlamenten!

Und nun, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns die beiden Tage hier in Sternberg nutzen.

Lasst uns unsere Botschaft ins Land tragen: Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit, sozial, ökologisch, wirtschaftlich, demokratisch.

Lasst uns kämpfen.

Für mehr linke Politik in Mecklenburg-Vorpommern.

Für eine gestärkte Fraktion der Linkspartei.PDS im Landtag.